Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 6

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

VERGELTUNGSAKTIONEN IN VIETNAM UND AUF CYPERN

In der ersten Augustwoche, als die Weltpresse voll war von Reminiszenzen an den Ausbruch des Krieges im Sommer 1914, kam es in *Vietnam* und auf *Cypern* zu einer gefährlichen Verschärfung der bestehenden Spannungen, die für einen kurzen Augenblick düstere Parallelen mit dem Geschehen vor fünfzig Jahren heraufbeschwor. Der Verlauf der Krisen zeigte jedoch, daß die Großmächte nicht gewillt waren, die Entwicklung in jene verhängnisvolle Steigerung hineintreiben zu lassen, die heute mit dem englischen Begriff «escalation» umschrieben wird und an deren Ende das unabsehbare Abenteuer eines nicht mehr lokalisierbaren bewaffneten Konfliktes stehen würde.

Schüsse im Golf von Tongking

Die Krise in Südostasien stellt in ihrem äußeren Ablauf geradezu ein klassisches Beispiel dar für die rasche Durchführung einer *streng limitierten militärischen Operation*, deren Zweck es ist, einen aufflackernden Brand auf seinen Herd zu beschränken. Den zweifachen Angriff nordvietnamischer Schnellboote auf den der amerikanischen Siebenten Flotte angehörenden Zerstörer «Maddox» — Überfälle, die in den internationalen Gewässern des Golfes von Tonking erfolgten — beantworteten die Vereinigten Staaten mit einer zuvor angekündigten begrenzten *Vergeltungsaktion* gegen die nordvietnamischen Seestreitkräfte und deren Nachschubbasen. Durch Bombenangriffe aus Flugzeugen wurde die nordvietnamische Flotte praktisch vernichtet, und ihre Versorgungslager wurden schwer getroffen. Der Gefahr neuer Verwicklung im Golf von Tongking war damit erfolgreich vorgebeugt worden.

So leicht sich der Gang der Ereignisse nachzeichnen läßt, so schwierig ist es, ihre *Hintergründe* zu analysieren. Es ist nicht recht ersichtlich, was Nordvietnam veranlaßt hat, die amerikanische Bereitschaft in Südostasien einem Test zu unterziehen. Daß das Regime Ho Chi-minhs im Auftrag und in Übereinstimmung mit Peking gehandelt hat, dürfte so gut wie sicher sein. Aber was trieb die Rotchinesen zu diesem aggressiven Akt? Sollten sie sich davon eine Bestätigung ihrer These vom amerikanischen «Papiertiger» erhofft haben, so sind sie rasch und gründlich aus ihren Illusionen aufgeweckt worden. Aber auch wenn Peking sich von einer Verschärfung der Krise in Hinterindien einen engeren Zusammenschluß mit der Sowjetunion und damit eine Beeinflussung des sowjetisch-chinesischen Konflikts versprach, so wurde Mao Tse-tung enttäuscht. Moskau hat es peinlich vermieden, sich in der Auseinandersetzung zwischen den USA und Nordvietnam zu exponieren. Pflichtgemäß verurteilte die sowjetische Presse die amerikanische Aktion. Aber weder diese offiziellen sowjetischen Kommentare noch die Erklärungen des Sowjetdelegierten Morozow im Sicherheitsrat der Vereinigten Nationen waren mehr als unverbindliche Worte. Das Desinteresse des Kremls an den Vorgängen in Vietnam war offensichtlich.

Innenpolitische Rückwirkungen in den USA

Der große Gewinner der Krise in Südostasien ist der amerikanische Präsident *Johnson*. Er hat nicht nur das außenpolitische Prestige Amerikas im Fernen Osten gefestigt, sondern gleichzeitig einen innenpolitischen Erfolg davongetragen, der ihm im bevorstehenden Wahlkampf zweifellos nützlich sein wird. Es gelang Johnson, die beiden großen Parteien auf seine Südostasienpolitik zu verpflichten; gegen die Kongreßresolution über Vietnam

opponierte nur der notorische Kritiker an Washingtons Engagement in Südostasien, der demokratische Senator *Morse* aus Oregon.

Johnsons rascher Entschluß, die nordvietnamesischen Übergriffe nicht hinzunehmen, sondern in begrenztem Umfang aber doch deutlich und unmißverständlich zu reagieren, hat aber vor allem den um *Goldwater* gescharten Republikanern ein gewichtiges Argument ihrer Kritik an der demokratischen Administration aus den Händen gewunden. Goldwater selber, der noch vor kurzem eine amerikanische Intervention in den Vietnamkonflikt befürwortet und sogar den Einsatz von Atomwaffen für vertretbar erklärt hatte, blieb unter diesen Umständen keine andere Wahl, als den vom Präsidenten angeordneten Maßnahmen zuzustimmen; Johnson hatte zudem in einem taktisch klugen Zug schon vorgängig der Aktion das Einverständnis seines republikanischen Rivalen eingeholt.

Das Eingreifen der Türken auf Cypern

Die eindrucksvolle Demonstration amerikanischer Präsenz in Südostasien fand wenige Tage nach den Zwischenfällen im Golf von Tongking eine Parallele in dem militärischen Eingreifen der Türkei in den *Cypernkonflikt*. Aber die Übereinstimmung bleibt, auch wenn die amerikanische Aktion die Türken in ihrem Vorhaben ermutigt haben mag, am Äußeren haften. Die Intervention Ankaras zugunsten der hart bedrängten türkischen Minderheit auf Cypern war schon vor Monaten erwogen, im Interesse einer Vermeidung neuer Konfliktsituationen von der Türkei aber immer wieder zurückgestellt worden. Die griechischcypriotische Seite, unterstützt durch die Politik Athens, hatte das Zögern Ankaras als Freipaß gedeutet, um rücksichtslos die Vernichtung und Ausrottung der türkischen Minderheit durchzuführen. Die UN-Truppen, die die Aufrechterhaltung des Friedens garantieren sollten, wurden von den Griechischcyprioten in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und dienten schließlich nur noch als eine Art *Schutzschild*, hinter dem sich langsam das Abwürgen der türkischen Minderheit vollzog. In dieser verzweifelten Situation blieb der Türkei nichts anderes mehr übrig, als von dem ihr vertraglich zugesicherten Recht der Intervention zum Schutze der Türken auf Cypern Gebrauch zu machen. Sie tat es in maßvoller Weise durch Bombardierung griechischcypriotischer Schiffe und Hafenanlagen wie auch durch Flugzeugangriffe auf griechischcypriotische Truppenstellungen.

Die Verantwortung an dieser Verschärfung der Krise trifft in erster Linie den Präsidenten der Republik Cypern, Erzbischof *Makarios*. In maßloser Selbstüberschätzung und bauend auf Hilfe von außen hat Makarios, nachdem er die ihn bindenden Verträge einseitig für hinfällig erklärt hatte, die Entwicklung auf Cypern in die gegenwärtige Krisensituation hineingetrieben. Als dann am 9. August die längst erwartete türkische Reaktion kam, hat der cypriotische Kirchenfürst sich nicht gescheut, sofort *Moskau* und *Kairo* um militärische Hilfe anzurufen und damit das Risiko einer weltweiten Ausdehnung des Konflikts auf sich zu nehmen.

Glücklicherweise blieb dieses leichtfertige Spiel mit dem Feuer, das Makarios und seine Anhänger trieben, ohne weitreichende Folgen. Die Sowjetunion sicherte zwar nach einigem Zögern Makarios Hilfe gegen eine ausländische Invasion zu, zeigte sich aber nicht geneigt, über eine verbale Demonstration hinauszugehen, deren Zweck offensichtlich in erster Linie die Torpedierung irgendwelcher vernünftiger Lösungen ist. Moskau liegt vor allem daran, den cypriotischen Topf am Brodeln zu halten.

Die Rolle der USA

Im Gegensatz zu ihrer Aktivität in Südostasien verhielt sich die amerikanische Politik gegenüber Cypern ungewöhnlich zurückhaltend. Bisher war Washington nicht bereit, in jene Rolle einzutreten, die vor der Erlangung der Unabhängigkeit Cyperns *Großbritannien* auf der Insel ausübte. Die amerikanische Sechste Flotte, der wichtigste Garant der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer, verstärkte zwar ihre Aufmerk-

samkeit und Einsatzbereitschaft. Präsident Johnson entsandte den früheren Außenminister *Dean Acheson* nach Genf, um Gespräche mit den am Cypernkonflikt interessierten Parteien zu führen. Im übrigen aber möchten die USA die Vermittlung im Cypernkonflikt den *Vereinigten Nationen* überlassen, deren Aktivität durch die plötzliche Erkrankung Tuomiojas unmittelbar vor einer Rundreise des UN-Vermittlers nach Athen, Ankara und Nikosia stark beeinträchtigt wurde. Es bleibt fraglich, ob die USA im Cypernkonflikt bis zuletzt ihre Rolle als mehr oder weniger unbeteiligter Zuschauer werden weiterspielen können. Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens ist heute unteilbar.

«Enosis» als Lösung?

Die gegenwärtige Lage auf Cypern, die trotz Waffenruhe weit von einer Stabilisierung entfernt ist, drängt den Eindruck auf, daß der 1959 durch den Abschluß der *Verträge von London und Zürich* beschrittene Weg der Unabhängigkeit Cyperns ungangbar ist. Das ausgeklügelte Vertragswerk hat sich als nicht lebensfänig erwiesen, da sowohl bei den Griechen Cyperns wie auch bei den Türkischcyprioten der Wille zur Zusammenarbeit fehlte. Der traditionelle Gegensatz der beiden Völker hat seine Wurzeln weit in der Vergangenheit; Mißtrauen und Feindschaft lassen sich nicht durch einen Federstrich austilgen. Der letzte Weg, der gegenwärtig offenzustehen scheint, um zu einer einigermaßen erträglichen Regelung auf der Insel zu kommen, scheint der Zusammenschluß Cyperns mit Griechenland — die «Enosis» — zu sein. Die Rechte der türkischen Minderheit müßten dabei wirksam gesichert werden, eventuell durch militärische Präsenz der Türkei auf der Insel. Vor allem aber würde dadurch der unberechenbare Präsident-Erzbischof aus dem politischen Spiel ausgeschaltet, der es in den fünf Jahren seiner Herrschaft nicht verstanden hat, ein einigermaßen konsolidiertes Regime aufzurichten, und der zudem in der ersten gefährlichen Krise bedenkenlos eine fremde Großmacht um militärische Intervention anging und damit bewußt die Gefahr eines allgemeinen Konflikts heraufbeschwor.

Churchills Abschied von Westminster

Ende Juli feierte das britische Unterhaus ein Ereignis, das üblicherweise zum Alltag des Parlamentsbetriebes gehört: den Rücktritt eines Abgeordneten. In diesem Falle handelte es sich jedoch nicht um ein gewöhnliches Parlamentsmitglied. Der Geehrte, der seit 64 Jahren den Wahlkreis von Woodford in Westminster vertrat, ist *Sir Winston Churchill*, der nun, im Alter von fast neunzig Jahren, seinen Abschied vom Unterhaus nahm. Während mehr als fünfzig Jahren hat Churchill entscheidend die Geschicke Großbritanniens bestimmt: als Marineminister während des Ersten Weltkrieges, als oft unbequemer Mahner angesichts der totalitären Bedrohung der dreißiger Jahre und dann wieder als Führer der Nation in den dunkelsten Stunden des Zweiten Weltkrieges, als Großbritannien allein der Übermacht des Feindes gegenüberstand. Churchill war Zeit seines Lebens ein heftig befehdeter Politiker gewesen, der bei aller Fairness den Kampf gegen den innenpolitischen Gegner stets scharf und kompromißlos geführt hatte. In der Stunde, da der große alte Mann von der politischen Bühne abtrat, erhob sich im Unterhaus jedoch keine Stimme, um alte Wunden wieder aufzureißen. Churchill, längst dem Hader der Parteien entrückt, ist schon zu Lebzeiten eine *historische Gestalt* geworden, deren Leistungen für das Gemeinwohl über alle Schranken hinweg von der ganzen Nation anerkannt werden. Die demonstrative Geste, Churchill durch Entsendung einer vom Premierminister geführten Parlamentsdelegation eine Dankadresse des Unterhauses zu überbringen — eine Ehrung, die bisher nur dem Sieger von Waterloo, dem Herzog von Wellington, zuteil wurde —, ehrt nicht nur den Gefeierten, sondern spricht ebensosehr für den politischen Sinn der Briten, die die Taten ihrer großen Männer gebührend zu schätzen wissen.

Fabius

SOWJETISCHE AUSSENPOLITIK IM ZEICHEN DES KONFLIKTES MIT CHINA

Der Zerfall des internationalen Kommunismus in zwei feindliche Machtkonstellationen belastet zunehmend auch die sowjetische Außenpolitik. Im zähen Bestreben, der Sowjetunion die Führungsrolle in der kommunistischen Welt zu entreißen, sind die chinesischen Politiker fest entschlossen, zunächst den sowjetischen Einfluß in Asien einzudämmen, um ihn später ganz auszuschalten. Der Tod Nehrus, durch den die Stimme Indiens in der Konstellation der sogenannten blockfreien Länder geschwächt wurde, hat ein Vakuum geschaffen, das Rotchina durchaus angenehm ist. Natürlich ist die unverhüllte ideologisch-revolutionäre und machtpolitische Expansion Rotchinas gegen die Interessen der freien Welt schlechthin gerichtet, vor allem gegen die führende Schutzmacht eines Status quo in Südostasien, die Vereinigten Staaten von Amerika. Aber parallel damit läuft die diplomatische und propagandistische Aktion Pekings darauf hinaus, die dank der Initiative Chruschtschews in den Jahren nach dem Tode Stalins erheblich ausgebauten Positionen Moskaus in der asiatischen Welt zu erschüttern. Es vergeht kaum ein Monat, in dem dieser Kampf Chinas gegen die sowjetischen Interessen in verschiedenen asiatischen Ländern nicht durch neue Verwicklungen gekennzeichnet wäre. Auch die Krise im Golf von Tonking, die die Situation in Asien vorübergehend in gefährlicher Weise zugespitzt hat, wurde von Peking in diese gegen Moskau gerichtete Aktion planmäßig eingebaut. China nützte die vorsichtige Haltung Chruschtschews dazu aus, um in einer eher höhnisch als gereizt klingenden Erklärung der amtlichen Pekinger Presseagentur Hsinhua vom 11. August der sowjetischen Führung vorzuwerfen, sie hätte die elementaren Grundsätze der proletarischen Solidarität mit Nordvietnam in der Stunde der kommunistischen Bewährung verraten. Chruschtschew habe, so sagen die Chinesen weiter, in seiner verspäteten Äußerung zu der Krise mit keinem Wort gesagt, daß die Sowjetunion bereit sei, Nordvietnam Hilfe und Unterstützung gegen die Vereinigten Staaten zu gewähren.

Damit hat sich relativ schnell das gezeigt, was man im Westen von vornherein vermutete, nämlich daß Rotchina seinen nordvietnamesischen Bundesgenossen zu aggressiven Handlungen gegen Amerika aufstachelte, um Chruschtschew vor eine höchst unangenehme Entscheidung zu stellen. Von dieser Warte aus betrachtet, hat diese Krise das von Peking gewünschte Ziel erreicht, nämlich ein neues Argument gegen Chruschtschew zu gewinnen, daß er ein schlechter Kommunist sei, auf den sich die chinesischen Kommunisten wie auch die Revolutionäre in den Entwicklungsländern bei der Verfolgung ihrer Ideen und Pläne nicht mehr verlassen können.

Rein völkerrechtlich gesehen brauchte natürlich die Sowjetunion den nordvietnamesischen Kommunisten keinerlei Versprechungen zu machen, Hanoi hat ja keinen Bündnispakt mit Moskau und gehört dem Warschauer Pakt nicht an, dessen militärische Klausel nur für Vollmitglieder, das heißt für den Bereich der ost- und mitteleuropäischen Satellitenstaaten Moskaus gilt. Aber die Chinesen lassen diesen Aspekt völlig außer acht, denn er paßt nicht in ihre Konzeption. Sie konzentrieren sich auf die Ausschöpfung derjenigen Seite des ganzen Fragenkomplexes, der mit der Formel von dem sogenannten «proletarischen Internationalismus» und mit der Angelegenheit der «gerechten und ungerechten Kriege» zusammenhängt. Theoretisch steht Moskau nach wie vor zu den beiden Eckpfeilern des revolutionären Konzeptes im internationalen Kommunismus, und Chruschtschew versichert immer wieder, vor allem gegenüber den Asiaten, Afrikanern und Lateinamerikanern, daß der Kreml sich nur mit den Kräften solidarisch fühlt und sie unterstützt, die ihren Kampf gegen den sogenannten Imperialismus, das heißt vor allem gegen die Vereinigten Staaten führen. Rotchina lehnt diese Versicherungen schon seit langem als un-

glaubwürdig ab, aber es konnte bisher keinen Nachweis erbringen, daß die Worte Chruschtschews trügerisch sind. Die kommunistische Provokation im Golf von Tonking wurde offenbar dazu bestimmt, um einen solchen Beweis endlich zu präsentieren, und das zu einem Zeitpunkt, als Chruschtschew eine emsige Tätigkeit entwickelt, um eine Vorkonferenz der kommunistischen Parteien einzuberufen, die eine gemeinsame antichinesische Plattform der Mehrheit aller Parteien beschließen würde. Dieser Querschuß aus Peking war dazu bestimmt, den sowjetischen Dispositionen erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten. Die Auswirkungen dieser wie auch der anderen Verlautbarungen Rotchinas ließen nicht lange auf sich warten.

Rückzug vom zweiten Bandung

Wenige Tage nach diesem Vorstoß Chinas hat sich Moskau zu einem wichtigen politischen Schritt entschlossen. Am 13. August wandte sich der Kreml mit einer Erklärung an die afro-asiatischen Länder, in der zu der antisowjetischen Propaganda Stellung genommen wurde, die von der chinesischen Seite in diesen Ländern geführt wird. Moskau setzt sich zur Wehr und protestiert gegen die, wie es heißt, schmutzige Verleumdungskampagne, die von Peking und dessen diplomatischen Vertretungen sowie Informationsbüros in den afro-asiatischen Staaten seit mehr als zwei Jahren verbreitet wird. Diese Kampagne ist in der letzten Zeit so vehement geworden, daß Moskau nichts anderes übrig bleibt, als mit einer scharfen Entgegnung darauf einzugehen. Das ist ein Novum insofern, als Chruschtschew bisher eine solche direkte Konfrontation mit den Chinesen in den Entwicklungsländern eher zu vermeiden suchte. Er wehrte sich hauptsächlich mit indirekten Mitteln, indem er Versicherungen abgab, so zum Beispiel im vergangenen Jahr in einem Interview für afrikanische Zeitungen, daß etwaige Behauptungen, die Sowjetunion würde den Befreiungskampf der afro-asiatischen Völker nicht solidarisch unterstützen, böse Erfindungen seien. Kein einziges Mal wurden bisher die Chinesen direkt beschuldigt, daß sie eine feindselige Propaganda gegen die Sowjets führen. Das geschah wohl in den für das Inland bestimmten sowjetischen Publikationsorganen, aber man exportierte diese Argumente nicht. Jetzt hat man offenkundig im Kreml gefunden, daß es an der Zeit ist, die Taktik zu ändern und nach einer frontalen und direkten Abwehr zu greifen.

Der zweite und viel interessantere Punkt der sowjetischen Verlautbarungen hängt mit dem Problem der zweiten Bandung-Konferenz der afro-asiatischen Länder zusammen, die im nächsten Jahr stattfinden soll und zu der schon seit geraumer Zeit Vorbereitungen im Gange sind. Die Sowjetunion bestand bisher eisern darauf, daß sie zu dem Kreis der Teilnehmerstaaten gehören will. Die Chinesen haben dagegen eine fieberhafte Tätigkeit eingeleitet, und es kam mehrmals zu Zusammenstößen mit den Abgesandten Pekings in Moskau. In der jüngsten Phase dieser Auseinandersetzungen, so zum Beispiel bei den vorbereitenden Gesprächen, die nach der Wirtschafts- und Entwicklungskonferenz in Genf geführt wurden, wie auch bei einer Tagung, die in Djakarta stattfand und sich mit den gleichen Problemen befaßte, sind die Sowjets von den Chinesen überspielt worden. Die sowjetische These lautet, daß die UdSSR eine euro-asiatische Macht sei, deren weitaus größter Teil des Territoriums auf dem asiatischen Kontinent liegt. Das sei eine ausreichende Legitimation für die Teilnahme an der neuen Bandung-Konferenz. Dagegen haben die Chinesen als Hauptargument angeführt, daß das politische Zentrum der Sowjetunion in Europa liegt und daß die asiatischen Gebiete nur sozusagen Anhängsel zu diesem Zentrum bilden. Dieser Standpunkt verdient genau registriert zu werden, denn von dieser Grundlage aus kann dann auf einer höheren Stufe das Argument abgeleitet werden, daß dieses europäische russische Zentrum in Asien nur Kolonien besitzt. Das zweite Argument der Chinesen lautet, daß die Moskauer Regierung ihre sämtlichen Bündnisse mit den sozialistischen Staaten auf europäischer Basis aufgezogen hat, so den Warschauer Pakt und die COMECON-Organisation und daß die

asiatischen Länder nur Zaungäste sind. Und drittens sagen die Chinesen, daß die Sowjets in allen Verhandlungen mit den europäischen Mächten und mit den Amerikanern sich hauptsächlich auf den europäischen Charakter des Sowjetstaates berufen.

Im Endeffekt scheinen diese Argumente der Chinesen den afro-asiatischen Staaten logischer zu klingen als die Behauptungen Moskaus. Die Folge war, daß die sowjetische Diplomatie vor das Dilemma gestellt wurde, entweder bei den Forderungen über die Zulassung zu der II. Bandung-Konferenz fest zu bleiben und dann eine deprimierende Niederlage zu erleiden oder aus freien Stücken auf die Teilnahme rechtzeitig zu verzichten, und zwar mit einem erheblichen Prestigeverlust, aber doch das Gesicht zu wahren. Der Kreml hat sich nunmehr für die zweite Variante entschlossen und erklärt, daß er zwar durchaus das Recht hätte, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, aber auf dieses Recht selbständig verzichte, um den Freunden in Asien und Afrika keine Komplikationen und Schwierigkeiten zu bereiten. Diese nur schlecht verbrämte Kapitulation ist eigentlich der erste schmerzliche Rückschlag, den die Sowjets im Zusammenprall mit der chinesischen Offensive in der afro-asiatischen Welt erlitten haben.

Zuwendung nach Europa

Noch steht es völlig offen, ob dieser Rückzug in Asien und Afrika den Auftakt zu einer stärkeren Hinwendung Moskaus zu den europäischen Fragen bedeutet. Einige Symptome sprechen dafür, vor allem das Interesse, das Chruschtschew gegenüber der Bundesrepublik Deutschland bekundet. Die Mission, mit der er seinen Schwiegersohn und Chefredaktor der Regierungszeitung «Iswestija», Alexej Adschubej, betraute, ist das erste wichtige Indiz. Der Verlauf dieser geräuschvollen Reise des Abgesandten Chruschtschews, die verschiedenen Akzente, die Adschubej in den Gesprächen mit den deutschen Politikern, Industriellen und Publizisten anklingen ließ, lassen das Bestreben der sowjetischen Diplomatie erkennen, mit Bonn in ein Gespräch zu kommen, von dem sicherlich keine Wunder, aber sowjetischerseits gewisse Vorteile erwartet werden. Moskau ist auch jetzt angesichts der schweren ideologischen Abwehrschlacht, die es gegen die Chinesen führen muß, keineswegs geneigt, irgendwelche substantielle Konzessionen in den vitalen Fragen der deutschen Politik zu machen. Aber der Kreml will den nunmehr durch Adschubej hergestellten Faden nicht abreißen lassen, sondern ist daran interessiert, daß die Kontakte in absehbarer Zeit verstärkt werden, um in Mitteleuropa und vor allem im geteilten Deutschland zu besseren Garantien für den Status quo zu gelangen. Was Chruschtschew dabei vorschwebt, ist in der Artikelserie seines Schwiegersohns über die Eindrücke aus der Bundesrepublik ziemlich deutlich herauszulesen. Der sowjetische Ministerpräsident möchte, auf lange Sicht gesehen, zu einer Art von Modus vivendi mit der Bundesrepublik kommen, die im Endeffekt für die sowjetischen außenpolitischen Interessen einen Status quo plus bedeuten würde. Es scheint, daß er schon im voraus den Freundschafts- und Beistandspakt mit dem Ulbricht-Regime schloß, um auf diese Weise die spätere Verhandlungsbasis der eigenen Diplomatie bei Gesprächen mit den Bonner Politikern günstiger zu gestalten. Man kann sich nämlich leicht vorstellen, daß Chruschtschew bei eventuellen Unterhandlungen mit Bundeskanzler Erhard auf die nunmehr geschaffenen völkerrechtlichen Abmachungen mit der DDR hinweisen würde, von denen er — wie das immer in solchen Fällen ist — nicht mehr abgehen kann.

Die plötzliche Entdeckung Bonns, das noch vor kurzem als Störenfried in Europa Hauptziel aller sowjetischen Angriffe und Verleumdungskampagnen war, scheint noch auf andere wichtige taktische Umstellungen in der aktuellen sowjetrussischen Außenpolitik zurückzugehen. Zunächst muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß Moskau alle Bemühungen um ein besseres Verhältnis zu Frankreich, die im letzten Winter und noch im Frühjahr zu beobachten waren, vorerst fallen ließ. Die Reaktion der Sowjetunion auf die letzte Pressekonferenz de Gaulles und auf die Aktivität der französi-

schen Diplomatie in China und noch mehr in Südosteuropa, Rumänien und Jugoslawien, verrät Züge des Unbehagens und der Nervosität. Sowjetische Kommentatoren haben diese Tendenz ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht. So meinte einer der amtlichen Beobachter von Radio Moskau über die Ausführungen de Gaulles: «Ohne Berücksichtigung der realen Tatsachen hat der Präsident noch einmal unser Land bezichtigt, eine sogenannte Aggressionspolitik gegen die westlichen Länder und insbesondere gegen Frankreich zu betreiben. Doch solche Gedanken zu äußern bedeutet, die eigene Schuld auf den andern abzuwälzen. Wenn die Sowjetunion wirklich aggressive Absichten gegenüber Frankreich gehabt hätte, hätte sie nicht darauf gewartet, daß es seine Aggressionsmacht verstärkt und Atomwaffen herstellt.»

Die Aufmerksamkeit, mit der Moskau die Bundesrepublik neuerdings bedenkt, und das Desinteressement an Kontakten mit Paris korrespondiert in einem weiteren diplomatischen Feld mit dem Interesse des Kremls, das er den beiden angelsächsischen Mächten, vor allem aber den Vereinigten Staaten, entgegenbringt. Die sowjetische Amerika-Politik ist nach wie vor von dem Grundelement bestimmt, an dem bisherigen Bilateralismus, der sich in den verschiedenen Abmachungen, wie etwa in der Herstellung des sogenannten heißen Drahtes zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml, ferner in einem verstärkten kulturellen und wissenschaftlichen Austauschprogramm äußerte, festzuhalten und nach Möglichkeit diese auf Zweiseitigkeit beruhenden Beziehungen zu vertiefen. Die Sowjets sind logischerweise daran interessiert, daß in den kommenden Wahlen der demokratische Kandidat Johnson und nicht sein republikanischer Gegenspieler Goldwater siegt. So gesehen stellt der neue Zug in der sowjetischen Deutschlandpolitik eine gewisse Wahlhilfe für Johnson dar, der ja schon vor geraumer Zeit Bundeskanzler Erhard den Ratschlag gab, sich um die Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion zu bemühen.

Alexander Korab

DAS UNBEHAGEN AM INFIRMENWESEN

Das dem Infirmenwesen gleich einer Klette anhaftende, allgemeine Unbehagen erwächst aus zwei Komponenten: aus dem mit der Infirmität an sich schon verbundenen Unbehagen sowie dem Unbehagen an der Kultur, am zivilisierten Dasein, wie es Sigmund Freud bereits 1930 in seinen Schriften hervorgekehrt hat. Zum Unbehagen an der Kultur kommt beim infirmen Menschen noch das Unbehagen an seiner Natur, das Leiden an seiner Gebrechlichkeit. Es berührt jedoch keineswegs bloß ihn selbst, sondern, je mehr er sich in die Gemeinschaft integriert, je mehr er sich vergemeinschaftet und vergesellschaftet, desto mehr strahlt das durch seine Gebrechlichkeit hervorgerufene Unbehagen in seine gesamte nähere und fernere Umwelt aus. Er läuft Gefahr, bewußt oder unbewußt, gewollt oder ungewollt, zum Quell von Mißtönen, zum Stein von Anstößigkeiten, zum störenden Faktor zu werden.

Um die Bekämpfung und Beseitigung dieser Mißtöne und Anstößigkeiten muß sich nicht bloß der unmittelbar Betroffene und nicht nur das Infirmenwesen, sondern auch die Allgemeinheit bemühen. Je allmächtiger sich im Zuge der Institutionalisierung und Generalisierung seine Umwelt gebärdet, je ungezügelter und rücksichtsloser sie sich auf Kosten des Individuums durchsetzt und entfaltet, um so ohnmächtiger empfindet der Infirme seine defiziente Leiblichkeit, seine um so stärker bedrohte, um so labilere Existenz, seine um so quälendere Entpersönlichung, seine um so eingeengtere Unfreiheit. Auch ihn trifft zwar der mitreißende Zauber des Perfektions-, Fortschritts- und Zukunfts-

denkens, aber er sieht sich unter solchen Vorzeichen hintenangestellt, herabgesetzt, entwürdigt. Wie soll er unter diesen Umständen bestehen, wie soll er sich da mit seinen Mitmenschen nämlichen Sinnes, nämlicher Haltung erklären, wie soll er seinem inneren Drange folgen und sich mitverantwortlich fühlen, wie soll er mitwirken und -leben können! Was nützt ihm sein Liebesbemühen, was nützen ihm seine geistige Orientierungs-, seine gesellschaftliche Gestaltungsfähigkeit! Die Schranke seiner Behinderung bleibt, und das Unbehagen seiner Defizienz bleibt bestehen.

Nur aus einer letztlich religiösen, philosophischen Grundhaltung heraus vermag im Ringen mit sich selbst, im Verlauf der Selbsterziehung der Infirme schlecht und recht mit diesem Dilemma, mit seinem Malaise, mit der harten Tatsache und Gegegebenheit seiner Unvollkommen-, seiner Brestenhaftigkeit fertig zu werden. Das Sichabfinden mit der zunehmenden Entfremdung, die Niederkämpfung persönlicher Ressentiments stellt die in die Infirmität und durch die Infirmität Gestürzten vor eine ohne höhere Hilfe auch beim besten Willen kaum zu bewältigende Aufgabe, besonders dann, wenn es sich um schwere, bleibende Infirmität handelt. Die hinreichende Festigung seiner Lebensgrundlage in der sich ständig verändernden Welt, in der dynamisch-pluralistisch sich fortgestaltenden Gesellschaft übersteigt nur gar zu leicht die Kräfte und Möglichkeiten des Infirmen.

Und doch muß im Zeichen der Infirmenrehabilitation und -eingliederung der Weg zur Schule beruflicher und gesellschaftlicher Mündigkeit heute auch vom Schwerstbehinderten beschritten werden. Bereitschaft und Verantwortlichkeit allein reichen nicht aus, wenn es sich für einen Infirmen darum handelt, seinen Ort in der unübersehbaren Komplexität inmitten der sich wandelnden Welt ausfindig zu machen und dauerhaft zu fixieren. Das eigene Denken, die eigene Initiative, so unabdingbar beides, reicht bei schwerer Behinderung nicht aus. Nur gar zu rasch wird der Infirme gleichwohl das Opfer exzessiver Praktiker, opportunistischer Pragmatiker. Man ist heute jedoch, wiewohl man sich der Schwierigkeiten und des hierdurch notgedrungen hervorgerufenen Unbehagens klar bewußt ist, dennoch der Auffassung, daß nicht nur vom Infirmen, nicht nur von den zu diesem Behufe eingerichteten Sozialinstitutionen, sondern auch von den Angehörigen, vom weiteren Kreis des Infirmen, nicht zuletzt aber auch von der Allgemeinheit ein unter Umständen recht erhebliches Maß von Infirmität in ihrer Mitte unmittelbar verkraftet werden muß.

Das Gefühl des Unbehagens hat dort sein Gutes, wo es sowohl den ausgeschalteten Infirmen als auch den nichtinfirmen Sozialarbeiter, nicht zuletzt jedoch die Allgemeinheit, ja jeden von uns anhält, alle Anstrengungen im Hinblick auf eine maximale Integration des Infirmen in die Gesellschaft zu erzielen bei minimaler Institutionalisierung. Erfreulicherweise ist der Infirme heute kein Außenseiter der Gesellschaft mehr. Die Gesellschaft ihrerseits jedoch muß alle Anstrengungen machen, um gegen das noch vorhandene Ungenügen und Unbehagen anzusteuern, um mit dem Infirmen in Fühlung zu treten, um ihm weiterzuhelfen, ihn anzunehmen trotz, ja wegen seiner Behinderung, seines Gebrechens, seiner Versehrtheit.

Über das Unbehagen an der Kulturentwicklung, Sozialbewegung und Gesellschaftsform unserer Zeit hat sich der Berner Soziologe Prof. Richard F. Behrendt näher ausgesprochen[1]. Im Rahmen seiner allgemeinen Ausführungen werden auch die besonderen Fragen des Infirmenwesens, der Infirmenfürsorge und -selbsthilfe, der Infirmenversicherung und -beihilfe, der Infirmenrehabilitation und -eingliederung, unter das Zeichen des Unbehagens gestellt: Es entspringt heute auch beim Infirmen nicht immer, zumindest nicht ausschließlich materieller Lebensnot, sondern vorweg gesellschaftlichem Unverständnis und Unvermögen: Es ist das Unbehagen des Zauberlehrlings gegenüber seinen Kreaturen, die ihm über den Kopf zu wachsen scheinen. Es ist das Unbehagen des zwar Betroffenen, aber nicht effektiv Beteiligten, des zwar moralisch, aber nicht faktisch Verantwortlichen, der Nichtinfirmen ohne Infirmitätserfahrung und der Infirmen ohne Selbstbestimmung, das

Unbehagen des Menschen, der im Bewußtsein oder Halbbewußtsein lebt, daß anonyme Mächte über ihn verfügen, deren vermeintlich unverständliches und unkontrollierbares Schicksal er über sich ergehen läßt, weil er die Möglichkeiten der Lenkung, über die seine Zeit und seine Umwelt verfügen, nicht versteht und infolgedessen keinen Gebrauch davon macht. Zu oft scheint gerade der Infirme in der Schwerfälligkeit der Routine, der Unpersönlichkeit und der faktischen Unverantwortlichkeit der Bürokraten zu versinken! Es weitet sich die Kluft zwischen Bedürfnis und Erfüllung, Auftrag und Ausführung, Verheißung und Leistung, Aufwand und Ertrag, die Kluft zwischen dem normativen oder deklaratorischen und dem tatsächlichen Verhalten der Institutionen und ihrer Träger, aber auch die Kluft zwischen diesen Institutionen selbst und ihren Sprechern einerseits und dem sogenannten Publikum, dem sogenannten Volk andererseits. Soweit Prof. R. F. Behrendt. Uns jedoch verbleibt nur noch zu bemerken, daß wir auf dieses Unbehagen nicht deshalb hingewiesen haben, um es möglicherweise noch aufzuschaukeln, sondern um zu seiner Überwindung beizutragen durch Herausstellung des Mißklangs, seiner Ursachen und Gefahren.

Heinz Appenzeller

[1] Richard F. Behrendt: Die dynamische Gesellschaft, Scherz Verlag, Bern.

Der Mensch ist so ewig, als es ihm um das Ewige zu tun ist, — wenn er nicht darin ertrinkt.

Elias Canetti